

Kantonsparlament gegen Mindestlohn in der Stadt

Wirtschaft *Der Luzerner Kantonsrat will von den Gemeinden festgesetzte Mindestlöhne verhindern. Er hat den Regierungsrat am Montag beauftragt, eine entsprechende kantonale Regulierung zu schaffen.*

Der Kantonsrat überwies eine Motion von Urs Marti (Mitte, Zell) mit 79 zu 25 Stimmen. Den Anstoss zum Vorstoss gegeben hatte die Stadt Luzern, in der ein Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde beschlossen wurde.

Marti sprach sich in seinem Vorstoss gegen Lohndumping und für eine Regelung zum Mindestlohn aus. In der Schweiz würden diese aber primär über Gesamt- und Normalarbeitsverträge geregelt, erklärte er. Ein staatlicher Mindestlohn würde in die traditionelle Sozialpartnerschaft eingreifen. Marti befürchtete, dass Mindestlöhne zu Wettbewerbsnachteilen führen könnten. Es drohe ein «Flickenteppich», der gerade für kleine Unternehmen einen grossen Aufwand bringen würde, erklärte er.

«Angriff auf Gemeindeautonomie»
Gegen ein kommunales Mindestlohnverbot waren SP und Grüne. Caroline Rey (SP, Luzern) bezeichnete den Vorstoss als «Angriff auf die Gemeinde-

autonomie». Rey befürwortete zudem ein Eingreifen des Staates bei den Löhnen. Arbeit müsse sich lohnen, Lohndumping schwäche die ganze Wirtschaft, sagte sie. Zudem sei nur die Hälfte aller Jobs durch Gesamtarbeitsverträge abgedeckt. Jasmin Ursprung (SVP, Udligenswil) entgegnete, Löhne gehörten nicht in das Gemeindeparlament. «Wir brauchen keine Experimente», sagte sie. Claudia Huser (GLP, Luzern) sagte, die Stadt Luzern wolle eine Insel sein, das sei aber nicht sinnvoll für den Kanton. Sibylle Boos-Braun (FDP, Malters) sagte ebenfalls, dass Mindestlöhne innerhalb einer Branche und nicht innerhalb einer Gemeinde festgelegt werden sollen. Das Argument der Gemeindeautonomie stach für sie als Präsidentin des Gemeindeverbandes bei diesem Thema nicht, weil es nicht um eine bestehende, sondern um eine neue Kompetenz gehe. Regierungspräsidentin Michaela Tschuor (Mitte) beantragte, die Moti-



Im Kanton sollen faire Löhne nicht über von Gemeinden festgesetzte Mindestlöhne erreicht werden. [Symbolbild keystone-sda]

on nur als Postulat und damit als Prüfungsauftrag zu überweisen. Sie verwies dabei auch auf hängige Verfahren vor dem Bundesgericht zu den Mindest-

löhnen in den Städten Zürich und Winterthur. Tschuor fand im Parlament aber keine Mehrheit. [keystone-sda]

eindrücke aus dem Kantonsrat

Vom Tourismusgesetz bis zur Lammschlucht



Kantonsrätin Hella Schneider, Mitte, Flühl

Wegweisend für unsere Region und eine ganz spezielle für mich persönlich, so kann man die vergangene Septembersession bezeichnen. Einerseits stimmte der Kantonsrat über die Botschaft zum Ausbau des Abschnitts 2 der Lammschlucht ab. Dass diese einstimmig überwiesen wurde und alle Fraktionssprechenden sich unisono positiv, trotz der hohen Kosten, zu dem Projekt äusserten, hat mich sehr gefreut und auch bewegt. Die Wichtigkeit des Projektes wurde von allen erkannt und wir wissen nun, dass die Verbesserung unserer Lebensader vorankommt. Um diese Ausgangslage für die Volksabstimmung im Jahr 2026 zu schaffen, brauchte es viel politische Vorarbeit, aber wir haben unser Ziel mit Beharrlichkeit erreicht. Andererseits wurde das neue Tourismusgesetz das erste Mal beraten. Dass unsere Gemeinden in den kommenden Jahren genügend Mittel aus den touristischen Abgaben für den Erhalt und Aufbau von touristischer Infrastruktur und Marketing generieren können, ist entscheidend für die Entwicklung in diesem Sektor. Dabei machten sich deutlich die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stadt Luzern und der ländlichen Tourismusgemeinden bemerkbar. Leider war eine totale Öffnung der örtlichen Beherbergungsabgabe politisch nicht

tragbar, aber der nun eingeschlagene Weg ist ein guter Kompromiss. Auch hier sind wir dank der politischen Vorarbeit auf dem Weg, eine zukunftsfähige Lösung zu erreichen, um die nötigen Mittel für die in den kommenden Jahren im Entlebuch anstehenden Projekte zu generieren.

Objektsteuer und Fan-Gewalt
Die Debatte dieser zwei Themen hat bei mir für Unverständnis und Verärgerung gesorgt. Auf eine dringliche Anfrage, ob die Regierung bei einer Annahme der Abschaffung des Eigenmietwertes am 28. September die Objektsteuer auf Zweitliegenschaften einführen würde, wurde dies in der Antwort kategorisch abgelehnt. Mit der Begründung, dass man für die wenigen betroffenen Gemeinden keine neue Steuer einführen würde. Für mich als Gemeindepräsidentin der Gemeinde, die im Kanton am meisten Zweitwohnungen besitzt und im Wissen, dass es in unserer Region viele dieser Liegenschaften gibt, absolut unverständlich. Ob es nun viele oder wenige betroffene Gemeinden im Kanton gibt, muss es eine Kompensation für die Steuerausfälle geben, sind diese doch durchaus bedeutend. Das dafür vom Bund angedachte Instrument nicht nutzen zu wollen, grenzt fast schon an Fahrlässigkeit. Es wird unser politischer Einsatz gefordert sein, sei es für eine allfällige Einführung einer Objektsteuer oder der Kompensation durch den Finanzausgleich. Die Debatte zur Initiative «Fan-Gewalt» der Mitte war sehr bezeichnend. Von links bis rechts wurde deklariert, dass niemand Gewalt bei Fussballspielen wolle, aber in der

Konsequenz konkrete Massnahmen dagegen zu ergreifen, wurde nicht unterstützt. Teilweise wurde die heutige Situation rund um die Fussballspiele in Luzern und die vorhandenen Massnahmen zur Vermeidung von Fan-Gewalt sogar als gut bezeichnet. Die Wahrnehmung in der Bevölkerung ist aber eine ganz andere und es wird an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei politisiert. Es braucht griffige Massnahmen, die die Spiele sicherer machen und die Vorkommnisse rund um die Spiele eindämmen. Nun bin ich gespannt auf den Gegenvorschlag der Regierung, der hoffentlich Massnahmen aufzeigt, die Wirkung zeigen können.

Individualbesteuerung
Sehr emotional geführt wurde die Debatte zur Individualbesteuerung. Klar ist, alle Parteien sind für eine Abschaffung der Heiratsstrafe und eine Reform des Steuergesetzes, aber über den Weg war man sich uneins. Dafür benötigt es aber keine separaten Steuererklärungen mit höherem administrativen Aufwand, sondern es gibt einfache Lösungen. Weiterhin dürfen keine neuen Ungerechtigkeiten geschaffen werden. Bei jetziger Lösung ist aber genau das der Fall. Und dann war da noch die Eingabe zur postalischen Grundversorgung. Für die Mitte ein weiteres essenzielles Puzzleteil der Grundversorgung, dem wir uns widmen. «Eindrücke aus dem Kantonsrat» – unter diesem Titel äussern sich die Mitglieder aus unserer Region im Anschluss an die Sessionen des Kantonsparlaments. Gastautor der Oktober-Session wird Stefan Dahinden (SVP, Doppleschwand) sein.

kurz gemeldet

Kinderspital lanciert Patientensicherheits-Projekt

Eltern erhalten im Luzerner Kinderspital künftig mehr Mitspracherecht bei akuter Sorge um den Gesundheitszustand ihres Kindes. Mit dem Pilotprojekt «Martha's Rule» steht den Eltern ein unabhängiges Behandlungsteam zur Seite. Das Kinderspital reagiert damit auf einen Todesfall im Februar, als ein Kind unerwarteterweise verstarb und die Mutter dem Spital Vorwürfe machte. Das Projekt soll die Perspektive der Eltern systematisch in die klinische Entscheidungsfindung einbeziehen, teilte das Kantonsspital am Mittwoch in einem Communiqué mit. Ziel sei es, die Patientensicherheit zu erhöhen und das Vertrauen zwischen Eltern und Behandlungsteam zu stärken. Ein vierstufiges System ermögliche es den Eltern, zunächst das Pflege- und Ärzteteam zu informieren und im Ernstfall direkt das unabhängige Team zu aktivieren, das innerhalb von vier Stunden reagiert, hiess es weiter. Das Pilotprojekt startet im Novem-

ber und läuft bis April 2026. Danach werde die Wirksamkeit evaluiert. «Martha's Rule» ist laut Mitteilung eine «bewährte» Patientensicherheitsinitiative des britischen National Health Service (NHS). [keystone-sda]

Claudia Senn-Marty folgt auf Riccarda Schaller



Wie die GLP Kanton Luzern am Montag mitteilte, wird Claudia Senn-Marty (Bild) aus Meggen die Nachfolge von Riccarda Schaller im Kantonsrat antreten. Schaller wird per 21. Oktober von ihrem Mandat zurücktreten, um sich verstärkt auf ihre berufliche Weiterentwicklung zu konzentrieren. Claudia Senn-Marty ist Pädagogin und Betriebswirtschafterin mit langjähriger Erfahrung im Bildungsbereich. Sie ist seit 2012 Präsidentin der Bildungskommission Meggen und seit 2020 Präsidentin des Verbands der Bildungskommissionen des Kantons Luzern. [pd]



Das Luzerner Kinderspital startet ein Projekt zur Patientensicherheit. [Symbolbild keystone-sda]

Anzeige

Luzern sagt Tschüss Eigenmietwert

- Endlich 110jährige Geistersteuer abschaffen
- Luzern hat einen der höchsten Eigenmietwerte
- Keine Nachteile, kein Angriff auf Mieterschaft

Eigenmietwert streichen

Am 28. Sept.

JA

zu fairen Steuern

faire-steuern.ch

HEV Luzern

HEV Kriens Kanton Luzern

Die Mitte Luzern

FDP Die Liberalen Luzern

SVP

Grünliberale

KGL

Luzerner Bäuerinnen und Bauern

AWG

IFU

SVT SCHWEIZ

Junge Mitte

SVP

Jungfreisinnige Luzern

grünliberale